

Das Erstarken des Militarismus in Deutschland überwinden

Clemens Ronnefeldt sieht gefährliche Entwicklungen und plädiert für die Einhaltung von Grundgesetz und Völkerrecht

In den letzten Monaten ist das Thema „Interventionsmacht Deutschland“ in einigen Artikeln und Studien in einer Art und Weise thematisiert worden, die Grund zur Besorgnis geben, ob die darin gemachten Aussagen noch mit Völkerrecht und Grundgesetz vereinbar sind.

Martin Jäger, Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, hat am 6. September 2020 in der F.A.Z einen Gastbeitrag veröffentlicht mit dem Titel: „Neue strategische Lage – Deutschland sollte interventionsfähig sein“¹.

Darin schreibt Martin Jäger: „So endet die Ära amerikanisch geführter Interventionen. Somalia, Bosnien, Kosovo, Afghanistan, Irak und Libyen sind ihre markanten Stationen. Die Bilanz fällt zwiespältig aus, zu hoch waren die Kosten an Menschenleben und Geld. Im Berliner Betrieb hoffen manche, nun werde die Bundeswehr von der Einsatzstreitkraft zur Heimatschutzarmee zurückgebaut. Das wäre ein Fehler. Die Bundesrepublik wird sich auch künftig an Interventionen beteiligen müssen. Mehr noch: Deutschland und Europa sollten aus eigener Kraft interventionsfähig werden.“

Wie passt diese Forderung zum Grundgesetz, Art. 87a: „(1) Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf. (...) (2) Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt

werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt.“?

Staatssekretär Martin Jäger schreibt weiter: „Die Bundesrepublik muss ihr Verhältnis zur Intervention überdenken. Intervenieren bedeutet, einen Konflikt durch Einmischung von außen zur Entscheidung zu bringen. Eine solche Machtprojektion kann unterschiedliche Gestalt annehmen: von der diplomatischen Drohung über die Verhängung von Sanktionen und die Waffenlieferung bis zum Einsatz militärischer Gewalt. Die Intervention ist die kleine Schwester des Krieges und die giftige Freundin der Diplomatie – nicht eben die Gesellschaft, in der wir Deutsche uns gern aufhalten.“

Wie passen diese Aussagen zur in Deutschland verbindlichen Charta der Vereinten Nationen, Art. 2, Ziffer 4: „Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt“?

Nach Artikel 25 des Grundgesetzes ist diese Aussage verbindliches Völkerrecht in Deutschland und geht sogar dem Grundgesetz vor.

Martin Jäger fasst zusammen: „Wofür sollte Deutschland intervenieren? Zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, zum

Schutz eines Partnerlandes und unserer Handelswege“.

Die Forderung nach „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ fand sich erstmals im November 1992 in den „Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr“.

Die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ vom Mai 2011 präzisierten: „Freie Handelswege und eine gesicherte Rohstoffversorgung sind für die Zukunft Deutschlands und Europas von vitaler Bedeutung. (...) Zugangsbeschränkungen können konfliktauslösend wirken. Störungen der Transportwege und der Rohstoff- und Warenströme, z.B. durch Piraterie und Sabotage des Luftverkehrs, stellen eine Gefährdung für Sicherheit und Wohlstand dar. (...) Deutschland ist bereit, als Ausdruck nationalen Selbstbehauptungswillens und staatlicher Souveränität zur Wahrung seiner Sicherheit das gesamte Spektrum nationaler Handlungsinstrumente einzusetzen. Dies beinhaltet auch den Einsatz von Streitkräften“.

Insbesondere der letzte Satz steht in Spannung zum Grundgesetz, das den Einsatz von deutschen Streitkräften ausschließlich zur Landesverteidigung vorsieht – und nicht zur Wohlstandsverteidigung sowie der Verfestigung ungerechter Weltwirtschaftsstrukturen und damit struktureller Gewalt.

¹ <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/deutschland-sollte-interventionsfaehig-sein-neue-strategische-lage-16938806.html>

Auch in verschiedenen Ausgaben der „Weißbücher der Bundeswehr“ wiederholt sich dieser Gedanke immer wieder. In der Ausgabe des Jahres 2006 steht: „Deutschland, dessen wirtschaftlicher Wohlstand vom Zugang zu Rohstoffen, Waren und Ideen abhängt, hat ein elementares Interesse an einem friedlichen Wettbewerb der Gedanken, an einem offenen Welthandelssystem und freien Transportwegen“.

Im „Weißbuch“ des Jahres 2016 finden sich die Sätze: „Prosperität unseres Landes und Wohlstand unserer Bürgerinnen und Bürger hängen auch künftig wesentlich von der ungehinderten Nutzung globaler Informations-, Kommunikations-, Versorgungs-, Transport- und Handelslinien sowie von einer gesicherten Rohstoff- und Energiezufuhr ab.“

Eine Unterbrechung des Zugangs zu diesen globalen öffentlichen Gütern zu Lande, zur See, in der Luft sowie im Cyber-, Informations- und Weltraum birgt erhebliche Risiken für die Funktionsfähigkeit unseres Staates und den Wohlstand unserer Bevölkerung.“

Bundespräsident Horst Köhler sagte am 22. Mai 2010 im Deutschlandradio-Interview:

„Meine Einschätzung ist aber, dass insgesamt wir auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall, auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen

negativ durch Handel, Arbeitsplätze und Einkommen.“

Vor zehn Jahren war die öffentliche Meinung in Deutschland noch nicht bereit, diese Worte unwidersprochen hinzunehmen. Die heftige Auseinandersetzung um diese Ansichten des Bundespräsidenten, der lediglich ausgesprochen hatte, was längst in den Grundlagen-Dokumenten der Bundeswehr – den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ und den „Weißbüchern“ festgeschrieben war, aber weitgehend unbeachtet blieb, bewog Horst Köhler zum Rücktritt vom höchsten Staatsamt.

Es ist bezeichnend, dass im Jahr 2020 bisher noch keine Stimmen laut wurden, die den Rücktritt von Staatssekretär Martin Jäger gefordert haben.

Sein F.A.Z.-Gastbeitrag endet mit den Sätzen: „Es fehlt uns nicht an militärischen Fähigkeiten, politischer Wille zählt. Drei Vorschläge: Der Bundestag billigt künftig auf Basis europäischer Mandate den bewaffneten Einsatz deutscher Streitkräfte im Ausland. Auszubildende der Bundeswehr wird im Einsatz erlaubt, einheimische Einheiten ins Gefecht zu begleiten. Deutschland liefert Partnern wie der Ukraine in Notsituationen Milan-Lenk Waffen zur Selbstverteidigung. Damit wären erste Schritte getan“.

Gibt es noch Personen und Institutionen, denen die Ungeheuerlichkeit dieser Aussagen auffällt?

Der erste Vorschlag entmachtet das deutsche Parlament, indem dieses nur noch „billigen“ soll, was auf EU-Ebene als Kriegseinsatz beschlossen wurde, der zweite ruft dazu auf, Bundeswehr-Auszubildende Kriegserfahrung sammeln zu lassen, der dritte schlägt einen Gesetzesbruch vor: Nach dem Kriegswaffenkontroll-

gesetz besteht das Verbot, deutsche Waffen in Krisen- und Kriegsgebiete zu exportieren.

Der Historiker Sönke Neitzel hat für sein umfangreiches Grundlagenwerk „Deutsche Krieger. Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte“ (Propyläen Verlag, 816 Seiten, 35 Euro) mit rund 200 Zeitzeugen gesprochen, von denen die meisten noch aktive Bundeswehr-Soldaten sind. Am 25. Oktober 2020 wurden daraus in der F.A.Z. Auszüge vorgestellt – die zeigen, dass die Vorschläge von Herrn Jäger zum Sammeln von Kriegserfahrungen – an allen gesetzlichen Grundlagen vorbei – bereits vor knapp drei Jahrzehnten umgesetzt wurden.

Im Kapitel „Neue Welt, neue Aufgaben“ schreibt Sönke Neitzel: „Weitgehend unbekannt ist, dass inoffiziell schon seit 1991 rund 200 bis 300 Bundeswehrsoldaten als Freiwillige im jugoslawischen Bürgerkrieg kämpften. Insbesondere aus den Garnisonen in Süddeutschland führen viele Männer auf ein verlängertes Wochenende oder im Urlaub an die Front, um Kampferfahrung zu sammeln. Das war zwar illegal, wurde von den Vorgesetzten in vielen Fällen aber gedeckt, da man die Eigeninitiative als wertvolle Bereicherung der Gefechtsausbildung betrachtete. Etliche deutsche Soldaten, die auf kroatischer Seite mitkämpften, waren Fallschirmjäger, manche waren vor ihrer Bundeswehrzeit bei der Fremdenlegion gewesen. Abenteuer- und Kriegergeist standen wohl im Mittelpunkt dieser Reisen an die Front, andere wollten den bedrängten Kroaten zu Hilfe eilen“ (S. 466).

Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit leben etliche dieser 200 bis 300 Bundeswehrsoldaten noch. Werden gegen sie und vor

Politisches

allem gegen ihre Vorgesetzten nun Strafermittlungen eingeleitet werden?

Welche Konsequenzen werden die Aussagen von Sönke Neitzel, der den einzigen Lehrstuhl für Militärgeschichte und Kulturgeschichte der Gewalt am Historischen Institut der Universität Potsdam inne hat, bezüglich seiner Buchpassagen zum Afghanistan-Krieg haben?

Auf Seite 547 schreibt er:

„Wenn bei Operationen der amerikanischen Spezialkräfte Zivilisten auch mal im dreistelligen Bereich umkamen, nahm man das hin. Mancher wunderte sich gewiss, dass darüber nicht gesprochen wurde. Doch keiner wollte sich mit den Amerikanern anlegen, von denen die Deutschen in vielerlei Hinsicht abhängig waren. Im Zweifelsfall waren es ihre Hubschrauber, die deutsche Verwundete ausflogen, ihre Flugzeuge, die schwer bedrängten deutschen Soldaten Luftunterstützung gaben. Und wenn US-Spezialkräfte nachts Taliban-Kommandeure töteten, brachte das auch der Bundeswehr mehr Sicherheit. Die Deutschen waren insgesamt loyale Allianzpartner, die die nächtlichen Schattenkrieger mit Logistik, mit Absperrungen und auch mit Sanitätern unterstützten.“

Auf Seite 551 ergänzt Sönke Neitzel: „(...) so waren selbst hartgesottene Soldaten des KSK erschüttert, als ihnen Amerikaner nonchalant davon berichteten, wie sie gefangene Taliban exekutierten“.

Warum haben die deutschen Bundeswehrsoldaten diese Kriegsverbrechen bisher nicht zur Strafverfolgung an die Bundesregierung weiter gegeben?

Anfang September 2020 berichtete die Süddeutsche Zeitung darüber, dass US-Außenminister Mike Pompeo Fatou Bensouda, Chefanklägerin beim Internationalen Strafgerichtshof, sowie einen hochrangigen Mitarbeiter auf die Sanktionsliste gesetzt hat. „Das heißt, sie werden gleichgesetzt mit Terroristen, ihr Vermögen in den USA kann eingefroren werden“ (SZ, 3.9.2020).

Wird sich die Bundesregierung hinter die Chefanklägerin stellen und sie bei ihrem Bemühen um Gerechtigkeit unterstützen?

Weitere Aufrufe zur Militarisierung der deutschen Außenpolitik

Anlass zur Besorgnis gibt auch die von Botschafter Wolfgang Ischinger vorgestellte neue Studie der Münchner Sicherheitskonferenz vom Oktober 2020 „Zeitenwende – Wendezeiten“². Darin heißt es auf Seite 12:

„Deutschland steht absehbar vor einer schicksalhaften Entscheidung: Es kann sich entschlossen für den ‚europäischen Imperativ‘, für eine Stärkung Europas einsetzen, um so deutsche und europäische Interessen wirksam zu verteidigen. Oder Deutschland verzichtet auf die Gestaltung des Wandels, belässt es beim status quo und stellt sich darauf ein, dass EU-Europa zu einem ‚Anhängsel Eurasiens‘ mutiert, das von anderen Mächten dominiert wird.“

Auf 220 Seiten wirbt diese Studie für eine stärkere Militarisierung der deutschen Außenpolitik.

Am 28. Oktober 2020 warb Josef Joffe in der Wochenzeitung „Die Zeit“

bestens vernetzt in transatlantische Sicherheitskreise, für mehr deutsche „Kampffähigkeit“:

„In Deutschland bleibt die nationale Sicherheit letztendlich ein Tabuthema. Verständlich angesichts der Geschichte von 1914 bis 1945, aber nicht weise. Wer die Waffen scheut, muss verhindern, dass andere sie gegen das eigene Land richten. Das nennt man Abschreckung, und die erfordert leider Kampffähigkeit. Die fehlt der Bundeswehr, was aber nicht ihre Schuld ist, sondern tief verwurzelt im kollektiven Bewusstsein steckt.“³.

Charlotte Wiedmann: Gegenstimme zur stärkeren Militarisierung deutscher Außenpolitik

Charlotte Wiedmann hat in der Berliner „taz“ am 28. Oktober 2020 nachdenkenswerte Sätze zum „Vormarsch des Militarismus“ unter dem Titel „Vormarsch des Militarismus: Vom Mythos der Reife veröffentlicht“⁴. Darin schreibt sie:

„Wer heutzutage nach Argumenten gegen eine militärische Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder sucht, muss sich nicht mehr auf Pazifismus berufen. Die Erfahrungen der letzten zwei Jahrzehnte liefern allen Grund, Interventionen mit höchster Skepsis zu betrachten: vom Experiment Kosovo, wo 60.000 Nato-Soldaten in einem Gebiet von der halben Größe Schleswig-Holsteins eingesetzt wurden, über die Kriege in Irak und Libyen bis zum Desaster in Afghanistan. (...)

Wären Fakten von Bedeutung, müsste es heute leichter sein, gegen Waffengänge zu plädieren. Dennoch ist das Nein geächtet. Weil es kaum

² https://securityconference.org/assets/01_Bilder_Inhalte/03_Medien/02_Publikationen/MS_C_Germany_Report_10-2020_De.pdf

³ <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-10/schweden-aufruestung-militaerhaushalt-russland-wladimir-putin>

⁴ <https://taz.de/Charlotte-Wiedemann/!a1607/>

mehr abweichende Welterklärungen gibt, kaum Alternativen zu den allgegenwärtigen sicherheitspolitischen Mythen, die – grob umrissen – den Planeten aufteilen in ein aggressives Russland, ein herrschsüchtiges China, einen schiitischen Krisenbogen und ein migrationswütiges Afrika.

Erstmals wurde dieses Jahr das Nato-Manöver „Steadfast Noon“, bei dem auch deutsche Piloten den Einsatz US-amerikanischer Atomwaffen trainieren, nicht mehr geheim gehalten. Nuklearwaffen offensiv zu bewerben gehört zur neuen Ausrichtung der Nato; die Öffentlichkeit nimmt es hin.

In keinem anderen Bereich ist die Unterwerfung unter herrschende Ideologien so still und so umfassend. Der rumorenden zivilgesellschaftlichen Ermächtigung in Fragen von Klima, Verkehr oder Agrarpolitik steht eine erschütternde Entmächtigung bei dem Thema Sicherheit gegenüber. Selbst die Rüstungsindustrie wird von Kritik

weitgehend verschont – als wären Waffensysteme, neben allem anderen, nicht auch Klimakiller.

Deutschland ist viertgrößter Rüstungsexporteur, doch der Einfluss der entsprechenden Konzerne wird kaum behelligt.

Die SPD will nun bewaffnete Drohnen. Automatisiertes Töten als sozialdemokratische Ethik – warum schreit da kaum jemand auf in der Partei?

Während das kritische linke antirassistische Spektrum vollauf mit dem Ringen um die inneren gesellschaftlichen Verhältnisse beschäftigt ist, verbreitet sich in der Außenpolitik und in den Fragen von Krieg und Frieden ungestört eine rechtsgerichtete Hegemonie. Der flagrante Rechtsextremismus im Kommando Spezialkräfte müsste alarmieren.

Ausgerechnet den Elitesoldaten, die weltweit operieren sollen, wird die Verfassung zu eng. Die Annahme liegt nahe, dass sie aus der Flasche

mit dem Etikett ‚globale Präsenz der Bundeswehr‘ ein paar Schluck zu viel genommen haben“.

Werden die Gewaltenteilung und die Demokratie in Deutschland insgesamt in der Lage sein, einem immer stärker entgrenzten Militarismus in mit Verweis auf Grundgesetz und Völkerrecht Einhalt zu gebieten?

Es wird höchste Zeit, dass Gewerkschaften, Kirchen, kritische Soldatinnen und Soldaten sowie die Zivilgesellschaft in Deutschland die Zeichen der Zeit erkennen – und ins Handeln kommen. 75 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges sind die Lehren daraus hochaktuell: „Nie wieder Krieg – Nie wieder Faschismus“.

Clemens Ronnefeldt,

*Referent für Friedensfragen beim
deutschen Zweig des Internationalen
Versöhnungsbundes*

Im Namen des Islam und im Namen des Propheten: keine Gewalt!

(ThN) Nach den furchtbaren Mordtaten in Frankreich las und liest man in unseren Medien landauf und landab wieder die große Klage über den politischen, gewalttätigen Islam. Es ist erstaunlich, wer sich alles dazu äußert. Was man nicht zu lesen bekommt, ist die folgende Stellungnahme eine der höchsten Autoritäten im sunnitischen Islam. Bitte verbreitet daher diese Stellungnahme, wo immer ihr dazu Gelegenheit findet:

(23.10.2020) Der Großimam von Kairo, Ahmad Al-Tayyeb, hat den islamistischen Terrorakt von Paris scharf verurteilt. „Als Großimam

der Al-Azhar erkläre ich vor dem allmächtigen Gott, dass ich mich von dieser abscheulichen kriminellen Tat distanzieren und von allen, die solche abweichenden, falschen Gedanken annehmen“, so Al-Tayyeb bei einem interreligiösen Friedensgebet in Rom. Die Verurteilung des „schrecklichen Mordes in Paris“ spreche er auch im Namen der Lehren des Islam und des Propheten Mohammed aus. Der Großimam gilt als eine der höchsten Lehrautoritäten im sunnitischen Islam. Gleichzeitig verurteilte Al-Tayyeb blasphemische Äußerungen. Es sei „intellektuell zweifelhaft und

ein Aufruf zum Hass“, wenn „unter dem Slogan der Meinungsfreiheit Religionen beleidigt und ihre heiligen Symbole missbraucht werden“. Gleichwohl verträten „der Terrorist und seine Leute“ von Paris die Religion Mohammeds ebenso wenig „wie der neuseeländische Terrorist, der Muslime in einer Moschee erschoss, die Religion Jesu vertritt“.